

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Janny Michlew.*
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 4. Dezember 1918. Nr. 449.

Ans dem Stadtrate. Der neugewählte Stadtrat trat heute vormittags unter dem Vorsitz des Bürgermeisters zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Bürgermeister begrüßte die neu in den Stadtrat entsendeten Mitglieder auf das herzlichste und betonte, dass der Stadtrat immer eine Stätte ernster Arbeit ~~Arbeit~~ gewesen sei. In den gegenwärtigen schweren Zeiten habe diese Körperschaft besonders verantwortungsvolle Aufgaben zu erfüllen.

Ueber Antrag des Bürgermeisters wurde sodann beschlossen, in der nächsten Gemeinderatsitzung die Einsetzung des Heimats- und Bürgerrechtsausschusses, des Wahlreformausschusses und des Bauordnungsausschusses nach demselben Schlüssel, nach dem die Zusammensetzung des Gemeinderates erfolgte, vorzuschlagen.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang, Wien, Mittwoch, 4. Dezember 1918. Nr. 450.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der heutigen Stadtratssitzung wurde ein Bericht des Direktors des städtischen Gesundheitsamtes Oberstadtpophysikus Dr. Böhm über die Gesundheitsverhältnisse in der Zeit vom 27./11. bis 3. d.M. zur Verlesung gebracht, wonach in den letzten 3 Wochen der Krankenstand infolge der Zunahme der Grippe allmählich wieder grösser geworden ist und auch die Sterblichkeit wesentlich zugenommen hat. Die Todesfälle nach Grippe sind von 151 auf 227, die nach Lungenentzündungen von 188 auf 206 gestiegen. Die übrigen Infektionskrankheiten weisen normale Verhältnisse auf; auch die Ruhr war in der Zivilbevölkerung in starker Abnahme begriffen. Dagegen hat sich die Zahl der Ruhrerkrankungen beim Militär infolge der Heimkehrer von 7 Fällen auf 49 in einer Woche erhöht. Die Heimkehrer haben auch auf den Stand des Flecktyphus ungünstig eingewirkt. Im Monat November sind 15 Zivilpersonen und neun Militärpersonen an Flecktyphus erkrankt, davon ein Teil der Zivilpersonen infolge Besuches von Militärpersonen, welche von der Front, aus Galizien und aus der Gefangenschaft zurückgekehrt sind.

Fahrverbot in der Tauhstummengasse. Laut Kundmachung des Magistrates ist dem Schwerfuhrwerk die Durchfahrt durch die Tauhstummengasse im 4. Bezirk in der Richtung von der Favoritenstrasse gegen die Alleegasse verboten. Dieses Fuhrwerk verkehrt aber in grosser Anzahl in der umgekehrten, nicht untersagten Richtung; hierzu kommen noch die zahlreichen in der Kriegszeit entstandenen Lastkraftwagen. Durch diesen Verkehr werden in der ohnehin engen Gasse derartige Erschütterungen verursacht, dass die Amtstätigkeit der hier befindlichen öffentlichen Aemter und Behörden (Polizeikommissariat, Hauptpostamt, Wieden, Direktion der städtischen Strassenbahnen) aufs empfindlichste beeinträchtigt wird. Der Magistrat sieht sich daher auf Grund von Beschwerden dieser Aemter, deren klagloser Geschäftsbetrieb im öffentlichen Interesse gelegen ist, veranlasst, unter Aufhebung des oben angeführten Verbotes die Durchfahrt durch die Tauhstummengasse überhaupt - also in beiden Richtungen

für Schwerfuhrwerk und Lastkraftwagen zu untersagen. Als Ersatzweg für die abgesperrte Gasse käme die Gusshausstrasse die bereits mit Holzstöckelpflaster versehen ist, in Betracht.

Eine Aktion zur Heimbeförderung von Kriegsgefangenen. Meldungen ungarischer Blätter bestätigen die Tatsache, dass ein Verkehr mit unseren Kriegsgefangenen in Russland schon seit nahezu einem Jahre völlig unterbunden ist, da auch unsere Hilfsoffiziere und Kurier, die mit den erforderlichen Geldsummen die sibirischen Kriegsgefangenenlager aufsuchen sollten entweder selbst in Gefangenschaft gerieten oder was noch schlimmer ist, einfach niedergemacht wurden. Es konnte nur soviel in Erfahrung gebracht werden, dass unsere Kriegsgefangenen in Sibirien sich noch in Lagern befinden sie von Anhängern Kerenski's bewacht werden, während die europäischen Gefangenenlager aufgelöst wurden, so dass an der polnisch ukrainischen Grenze mehrere Hunderttausend Gefangene der Heimbeförderung harren. Der dänische Gesandte in Petersburg hat sich nun bereit erklärt, die Vertretung ungarischer Staatsangehöriger zu übernehmen, da er infolge der Auflösung der ehemaligen österr. ung. Monarchie nicht mehr in der Lage sei, die Gesamtinteressen zu vertreten. Da nun in den verschiedenen Kriegsgefangenenlagern Gefangene aller Nationen durcheinandergemischt sind, beabsichtigt die ungarische Regierung ein gemeinschaftliches Vorgehen aller Staaten der ehemaligen Monarchie zu erzielen und schlägt vor, zwei gemeinschaftliche Kommissionen zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen zu entsenden und zwar eine über die Ukraine nach dem europäischen Russland, die andere über Amerika und Vladivostok nach Sibirien. Mit dieser Frage wird sich eine Gesandtenkonferenz beschäftigen, die in Wien zusammentritt.

Holz aus dem Lainzer Tiergarten. Im Hinblick auf die von Tag zu Tag sich steigende Not an Brennstoffen hat sich der Bürgermeister Dr. Weiskirchner vor kurzem an den Staatsnotar Dr. Sylvester mit der Bitte gewendet, unter den noch näher festzusetzenden Bedingungen das Einsammeln von Klaubholz im Lainzer Tiergarten durch die arme Bevölkerung zu gestatten und weiters eine entsprechende Durchforstung der Waldbestände des Tiergartens zur Holzgewinnung in die Wege zu leiten; ferner hat der Bürgermeister den Staatsnotar um Ueberlassung des im Tiergarten lagernden bereits aufgearbeiteten Holzes an die Gemeinde Wien ersucht und schliesslich auf die Notwendigkeit eines stärkeren Wildabschlusses im Tiergarten im Interesse der Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Fleisch aufmerksam gemacht. Dr. Sylvester hat gelegentlich einer am gestrigen Tage erfolgten Besprechung das grösstmögliche Entgegenkommen gegenüber diesen Wünschen in Aussicht gestellt.

Vizebürgermeister Reumann hat heute mittags seine Stelle als Vizebürgermeister der Stadt Wien angetreten und amtiert im Büro des gewesenen 1. Vizebürgermeisters Hierhammer. - Magistratsdirektor Pawelka mit den Spitzen der städtischen Aemter und Obermagistratsrat Formanek mit den Herrn des Präsidialbüros stellten sich dem neuen Vizebürgermeister korporativ vor.

Schönheit ihrer Vaterstadt nähren und dabei in ihren Mauern die Aermsten sind. Den Wiewern, die auf uns hoffen, ist bewusst, dass unser Werk nicht über Nacht vollbracht werden kann. Was in Jahrzehnten gesündigt wurde, kann nicht in wenigen Wochen und Monaten wieder gutgemacht werden. Die Einrichtungen der Stadt sind nicht mit einem Schlage so umzuwandeln, wie es den Interessen der arbeitenden Bevölkerung entspricht. Es wird zäher und langwieriger Arbeit bedürfen, jene Wandlung der Dinge und des Geistes zu bewirken welche Wien zu einer Stadt macht, die ihre Pflicht allen Bewohnern gegenüber voll erfüllt und den ihr gebührenden Rang unter den Grosstädten Europas zu behaupten weiss. Der Zerfall Oesterreichs wird nicht ohne Einfluss auf die Grösse und Leistungsfähigkeit der Stadt Wien bleiben. Die Stadt ist mit einer Schuldenlast beschwert, die nur getragen werden kann, wenn die bisherige Leistungsfähigkeit aufrecht erhalten, ja gesteigert und wenn auch durch eine Reform des Steuerwesens eine entsprechende Aufteilung der Lasten vorgenommen wird. Mit vollem Recht lehnen wir Sozialdemokraten jede Verantwortung für die Folgen einer

Die Hauptaufgabe der provisorischen Gemeindevertretung ist, die Schaffung der Wahlreform, damit das Volk von Wien die Männer und auch die Frauen, für deren Rechte wir in diesem Saale so oft unter dem Hohngelächter der christlich sozialen Partei gestritten haben, ehestens in die Lage kommen sein Urteil zu sprechen und die Stadtverwaltung nach seinen Fällungen zu führen. Verwaltung ab, an der wir keinen Anteil hatten.

Nichts destoweniger wird die sozialdemokratische Vertretung in der Gemeinde mitwirken, den drohenden wirtschaftlichen Niedergang der Stadt Wiedurch geeignete Massnahmen entgegenzuarbeiten. Die Beschaffung von Arbeit zur Verhinderung der Massenabwanderung der Arbeiterschaft, die Sicherung des Bestandes der Industrie und des Handels, wobei der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktion der Weg weit zu öffnen ist, werden zu diesen Aufgaben gehören. Die Schule muss die volle Lehrfreiheit erhalten, die es möglich macht, dass eine Jugend herangezogen wird, die ihren Aufgaben als Bürger des republikanischen Staatsgebildes gerecht wird. Keine Stunde länger dürfen die Schulen der Tummelplatz monarchistischer Umtriebe bleiben. Wir sind es der Bevölkerung der Republik schuldig den wirklich freien Schulunterricht möglich zu machen, den Schulkindern die Anteilnahme an dem Unterrichte gleichmässig durch die unentgeltliche Beistellung der Lehrmittel zu sichern und damit eine alte sozialdemokratische Forderung zu erfüllen. Um der Volksgesundheit zu dienen, muss der Schulhygiene alle Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Unter den zunächst an die Gemeinde heranretenden Aufgaben, nehmen die der Approvisionnement, der Wohnungs- und Jugendfürsorge einen breiten Raum ein. Schon während des Provisoriums müssen die Arbeiten zur Lösung dieser grossen Aufgaben in Angriff genommen werden.

Der sozialen Pflichten der Gemeinde Wien gegenüber ihren Angestellten und Arbeitern sind sich die Sozialdemokraten wohl bewusst. Sie werden deren berechnete An-

sprüche stets vertreten. Die Angestellten und Arbeiter der Gemeinde Wien, deren Koalitionsrecht nicht eingeschränkt werden darf, haben infolge der politischen Neugestaltung in Deutschösterreich neue Pflichten zu erfüllen. Wir hegen die Hoffnung, dass diese neuen Aufgaben so gelöst werden, wie es den Interessen der bisher vernachlässigten Bevölkerungskreise entspricht.

In der Fürsorge für Hilfsbedürftige müssen einschneidende Reformen getroffen werden.

Diese Worte lösen lebhaften Widerspruch in den Reihen der Christlichsozialen aus. Gr. Kunschak ruft: Er glaubt wir sind im Arbeiterheim.

Gr. Reumann Meine Herren Christlichsozialen, schämen Sie sich daran, dass erst heute Frauen im Gemeinderat sitzen.

Gr. Reumann fährt dann fort. Nun noch ein Wort an die Klassengenossen in den anderen Ländern.

Der Krieg, den unsere Herrschenden heraufbeschworen haben und gegen den wir Sozialdemokraten allein mit allen Kräften angekämpft haben, hat das arbeitende Volk in die grösste Not gestürzt. Das arbeitende Volk hungert, es droht die Vernichtung der breiten. Die Fortsetzung der Blockade bringt keine Nachteile für die alten Machthaber mehr, sondern nur Siechtum für die Bevölkerung, sie bedeutet qualvolles Hinsterven unserer Jugend. Es kann nicht der Wille der Arbeiter der Ententeländer sein, ihre Klassengenossen in eine Lage der Verzweiflung zu bringen, in der die junge demokratische Republik, die zur sozialistischen Republik werden soll, leidet. Sie werden gewiss im Interesse der proletarischen Klassensolidarität tun, was in ihrer Macht steht, um das Volk in Deutschösterreich, das sich von seinen militärischen Herrschern befreit hat, nicht untergehen zu lassen.

Auf jeglichem Boden muss die Arbeiterklasse ihre Kämpfe führen. Auch unsere Wirksamkeit in der Gemeinde, in der wir wohnen, arbeiten und leben müssen, in der unsere Kinder aufwachsen und unsere Greise ihre Tage verbringen, dient indem sie den Sorgen des Tages gilt, zugleich auch den letzten und höchsten Zielen des Sozialismus. Des grossen Zusammenhangs unserer Tätigkeit hier mit den weltumwälzenden Vorgängen draussen uns bewusst, gehen wir an die Arbeit.

StR. Schmid: gib namens des Bürgerklubs folgende Erklärung ab: Die christlichsoziale Partei des Wiener Gemeinderates anerkennt vorbehaltlos die republikanische Staatsform. Sie will ein freies demokratisches Deutsch-Oesterreich mit einer Regierung, in welcher alle Parteien vertreten sind, so dass jede einseitige Parteidiktatur ausgeschlossen erscheint. (Beifall bei den christlichsozialen). Die Christlichsoziale Partei anerkennt die Notwendigkeit der Demokratisierung auch bezüglich der Gemeindevertretungen und hat im Hinblick darauf anlässlich der Bildung des provisorischen Gemeinderates die grössten Opfer gebracht. (Rufe: Sehr richtig!) Sie tritt für das allgemeine gleiche direkte und geheime Proportionalwahlrecht beider Geschlechter ein, verlangt aber unbedingte Freiheit der Wahlen (lebhaft Zustimmung bei den

Christlich Sozialen, Gegenrufe bei den Sozialdemokraten), daher ausreichende geschützt gegen jedwede Störung der Versammlungs- und Wahlfreiheit (Neuerliche Beifall bei den Christlichsozialen). sie verlangt von der Regierung die unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit, sie fordert, dass die Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kohle und allen übrigen notwendigen Bedarfsartikeln ausreichend versorgt und dass die Gemeindeverwaltung in der freien Beschaffung der Lebensmittel in keiner Weise behindert werde. (Bravo!) Die Christlichsoziale Partei fordert nachdrücklich, dass die republikanische Regierung und die Nationalversammlung die Interessen der Hauptstadt Wien mit allen Kräften fördere, umso mehr als Wien durch die Regierungen des alten Oesterreichs unverantwortlicher Weise vernachlässigt worden ist. (Rufe: Sehr richtig!) Die christlichsoziale Partei hat durch 22 Jahre Wien verwaltet

GR. Neustadt: Leider!
(Gegenrufe bei den Christlichsozialen: Aber Herr Neustadt, sie haben das notwendig!)

StR. Schmid: und Werke geschaffen, welche unserer Vaterstadt dauernd zur Ehre und zum Vorteil gereichen werden, Sie hat mit warmen sozialen Empfinden sich um die Armen und Jugendfürsorge bemüht und war stets bestrebt, die Lage der Angestellten zu verbessern, aber auch den breiten Schichten des Mittelstandes und der Arbeiterstadt zu helfen; sie wird auch weiter eifrig bemüht sein, im gleichen Sinne zu wirken. Insbesondere wird sie sich in Verfolgung der von ihr bereits in die Wege geleiteten grosszügigen Aktion bestreben, dem Wohle der Kriegsinvaliden zu dienen, (Bravo!) den Heimkehrenden Kriegern Arbeit und Verdienst zu verschaffen (Bravo) und der Wohnungsnot zu steuern. Sie wird stetig dahin wirken, dass die Stadt Wien die schweren Bedrängnisse, die ihr der Krieg auferlegt hat, überwinde, dass sie weder in kultureller, noch in wirtschaftlicher Hinsicht einen Rückgang erleide, vielmehr in ihrer Entwicklung ungehemmt fortschreite. Der Bürgerklub wird in wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Fragen ein Einvernehmen mit den übrigen Gemeinderatsparteien herbeizuführen suchen, da nur in gemeinschaftlicher Arbeit aller Parteien eine für die Bevölkerung gedeihliche Lösung dieser Fragen gewährleistet erscheint. Im übrigen hält der Bürgerklub treu an christlich sozialen Parteiprogramm fest und steht untentwegt auf dem Boden christlicher Weltanschauung. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Dr. Hein: Ich hatte nicht die Absicht eine Erklärung abzugeben. Nachdem dies aber seitens der anderen Parteien geschehen ist, will ich namens meines Verbandes erklären, dass wir die Demokratisierung des Wiener Gemeinderates mit Freuden begrüßen. Wir begrüßen es, dass die industrielle Arbeiterschaft, mit deren Vertretung wir gemeinsam so manchen schweren Kampf in diesem Saale durchgeführt haben, eine erhöhte, ihrer Bedeutung und Zahl entsprechende Vertretung erlangt hat. Wir begrüßen es, dass mit dem heutigen Tage die Frauen Wiens Sitz und Stimme

in diesem Saale erlangt haben, nachdem sie so schwere Arbeit in der Kriegsfürsorge geleistet haben. Wir begrüßen dies weil damit auch ein Punkt unseres Programmes erfüllt ist. Wir begrüßen die Tatsache, dass die einseitige Parteiherrschaft der christlichsozialen Partei mit dem heutigen Tage gebrochen wurde, wir erklären aber gleichzeitig von unserem Standpunkte als bürgerliche Gemeindeglieder, dass wir dafür eine Ausgleichung der wirtschaftlichen Gegensätze wirken werden, dass wir aber den Klassenkampf und irgend eine Klassenvorherrschaft bekämpfen. Wir wünschen, dass dieser Körperschaft, deren Aufgaben vorwiegend wirtschaftliche sind, die Partei Gegensatz nach Möglichkeit zurück treten und dass gemeinsames Interesse der gesamten Bevölkerung gearbeitet wird. (Bravo!) Wir sind uns der schweren Aufgaben bewusst welche die Wiener Gemeindevertretung nicht nur im gegenwärtigen Augenblick, sondern auch angesichts der gesamten Situation erwarten. Nur durch einträchtiges Zusammenwirken vorbehaltlich der politischen Anschauungen der einzelnen Parteien kann die Not dieser schweren Stunde, wenn überhaupt überwunden werden. Es sind auswärtige Journalisten gegenwärtig in Wien. Wir möchten an Sie den Appell richten, dass sie den feindlichen Staaten Bericht erstatten möchten über die Not der Wiener Bevölkerung über den Heroismus, mit dem die Wiener Bevölkerung dieses schwere Not erträgt. Dass sie Bericht erstatten mögen, dass die Wiener Bevölkerung dem Hunger und der Kälte zu erliegen droht; dass sie dem Präsidenten Wilson, der die schönen Grundsätze vom Völkerbund und Völkerfrieden proklamiert hat, die in Wien begeisterten Anklang gefunden haben über diese Situation berichten mögen; dass sie dem freien England, dem Musterland der konstitutionellen Bürgerfreiheit Bericht erstatten mögen, dem Frankreich, von dem die Erklärung der Menschenrechte ausging, Bericht erstatten und die Hilfe anrufen mögen für die Wiener Bevölkerung welche es wahrlich verdient, dass ihr Hilfe zuteil wird auch von den feindlichen Ländern. Wien kann mit Stolz von sich sagen, dass auch zur Zeit der grössten Kriegebeute keinem Ausländer hier ein Leid geschehen ist. Ich muss mich von meiner Partei aus verwahren, dass wir den Krieg mit Begeisterung begrüsst haben. Wir haben schon seinerzeit gegen die Politik Stellung genommen, welche gegenüber den Balkanstaaten geübt wurde und welche mit zu dem Kriege geführt hat: Ich will auf die einzelnen Erklärungen der Partei

Bürgermeister Dr. Weiskirchner Bitte keine Polemik, sondern nur eine Erklärung.
Gr. Dr. Hein fortfahrend: Ich will betonen, dass wir als bürgerliche Partei, als freiheitlich-demokratische Vertreter für die Interessen der Gesamtheit eintreten, wie bisher. Lassen Sie mich mit dem Wunsche schliessen, dass wir auf dem Boden der demokratischen Republik Deutsch-Oesterreichs unter Aufrechterhaltung unserer politischen Meinungsverschiedenheiten durch Eintracht zusammenwirken, damit die schwere Stunde überwunden wird, und dass es ungelängt, ein freies, demokratisches Gemeinwesen im sozialen Geiste zu errichten und dass wo das Alte stürzt, neues Leben auf den Ruinen des alten Oesterreichs zustande zu bringen.